Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

20 (18.2.1919)

Visual Library

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Bezugs-Preis mit dem wöchtl. erscheinenden Amtl. Verkündigungsblatt durch die Post bezogen monatlich 62 Pfennig am Postschalter abgeholt, durch den Briefträger und unsere Austräger frei ins Haus gebracht monatlich 70 Pfg.

Geschäftszeit 1/28—7, Samstags bis 6 Uhr. Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen kosten im Anzeigenteil die Zeile (42 mm breit) 25 Pfg. bei Platzvorschrift 30 Pfg. im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg. an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt.

Schluß d. Anzeigenannahme 8 Uhr vorm., für umfangreichere Anzeigen Tags zuvor 4 Uhr nachmittags.

Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 6903

№ 20. | Dienstag, den 18. Februar 1919. | 80. Jahrgang

Die neuen Waffenstillstands-Bedingungen.

Protest der Regierung. Ein Appell Erzbergers an die Alliierten. Unser neuer Außenkurs. Scheidemanns große politische Rede. Vizepräsident Schiffer über die Finanzlage. Ein Aufruf Hindenburgs. Vereitelte Spartakisten-Putsche. Ernste Lage in England.

Zusatz zu den Waffenstillstandsabkommen.

WB. Trier, 15. Febr. Zusatz zu dem Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen gegen die Polen aufgeben und dürfen folgende Linie nicht überschreiten: Bei der russischen Grenze westlich Luisenfelde, westliche Grenze Neudorf, südlich Brozoa, nördlich Schubin, nördlich Exin und Czarikau, westlich Vialla, westlich Birnbaum, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, nördlich Biernchow bis zur schlesisch-russischen Grenze.

2. Der Waffenstillstand wird für unbefristete Zeitdauer mit dreitägiger Kündigungsfrist verlängert.

3. Die Ausführungen der früheren Waffenstillstandsbedingungen wird fortgesetzt und zum Abschluß geführt.

*

Es ist ungeheuer schwer, eine richtige Linie zu finden, wie wir uns dem Feind gegenüber verhalten sollen. Ingrimmige Wut erfüllt die Seele über die Qualen, die der Kriegsrath des Verbands mit teuflischen Marterwerkzeugen uns bereitet. Aber der Grimm brennt nicht zuletzt deshalb so heiß, weil er so ohnmächtig ist und weil wir so viel Mitschuld tragen an der Ohnmacht. Die Verwahrungsnoten, die wir so reichlich vom Stapel lassen, die drohende oder klagende Protestpose, in der wir uns so unerquicklich viel bewegen, verbessern die Lage nicht, sie tragen unsere Schwäche nur hinaus vor die andern und beleuchten unsere Ohnmacht noch greller als zuvor. Auf die Feinde machen wir gar keinen Eindruck, wenn nicht den, günstigstenfalls einen durchaus platonischen. Denn keiner rührt ihren Uebermut zu schüren; auf die Neutralen einen schlechten, einen Finger für uns. Auch Wilson nicht, den wir fast schon vergleichsweise als Freund zu schätzen uns anstrengen. Ebert, der Reichspräsident, hat eine neue Form der Drohung gewählt: wenn man uns allzuviel zumute, verlassen wir den Verhandlungstisch und schieben dem Feind allein die Verantwortung zu! Eine heroische Gebärde mehr, auch nicht weiter! Sie mag sich schön malen im Kopfe eines Illusionisten, aber in der ganz harten, nüchternen, grausamen Welt der Tatsachen, wie sie wirklich und heute sind, hilft sie uns gar nichts. Was tun denn die Feinde heute schon anderes? Sie beschließen, diktieren, übernehmen vor ihren Völkern, vor der Geschichte, vor allen denkbaren idealen Richterstellen die Verantwortung und überlassen uns kaltherzig, uns damit abzufinden. Da ist die gelassene, akademische Art, mit der der Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, die Lage malt, Unabänderliches zugibt und billige unerläßliche Forderungen stellt, vielleicht doch der richtigere Weg. Helfen, vorwärts und aufwärts bringen kann er uns ja auch nicht, aber er bohrt wenigstens nicht in der brennenden Wunde und steigert nicht den seelischen Schmerz. Mit eiserner Ruhe, mit zusammengebissenen Zähnen, ohne Wimmern und ohne leeres Drohen das Kommende ertragen, das wird für die nächste Zukunft die einzige Richtschnur sein, nach der wir leben können. Die Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand nun zum dritttenmal verlängert wird, verschlechtern abermals unsere Lage. Der Reichsminister Erzberger hat die sehr bewegliche Rede mitteilen lassen, die er in Trier an die feindlichen Unterhändler hingesprochen hat. Wahr und richtig und — wertlos, wie so vieles, was schon an dieselbe Adresse gepredigt worden. Und wenn von Weimar aus verkündigt wird, daß man um unsere Rechte in Posen „verhandeln" wolle, so hat das nicht weit davon feil. Nur jetzt keine Einbildungen mehr! Wir müssen durch das Joch! Mit welchen Gefühlen, mit welchen Entschlüssen, mit welchen Lehren für die Zukunft, ganz allein das ist unsere eigene Sache, sonst nichts!

Protest der Regierung.

WTB. **Berlin, 16. Febr. Gestern Vormittag tagte im Schlosse zu Weimar das Kabinett auf einer Sitzung, um zu den neuen Waffenstillstandsbedingungen Stellung zu nehmen. Bei der Dringlichkeit und Gerechtigkeit dieser Sache glaubte die Regierung nicht allein die Verantwortung übernehmen zu können. Die Führer der Fraktion wurden zu der Beratung hinzugezogen, die mit Ausnahme der äußersten Linken und der Deutsch-Nationalen alle erschienen wären. Mit fast völliger Uebereinstimmung kam man zu der Ansicht, daß es im Volke nicht verstanden würde, wenn ein ablehnender Standpunkt eingenommen werden sollte. Es würde das die sofortige einseitige Wiederaufnahme der Kriegshandlungen bedeuten. Die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht zu übersehen. Man kam zu dem Entschlusse, dem Reichsminister Erzberger zwar Vollmacht zur Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandvertrages zu erteilen, gleichzeitig aber dem Marschall Foch einen Protest der Regierung zu überreichen. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird der Ministerpräsident oder der Minister des Auswärtigen den Standpunkt der Regierung zu den neuen Bedingungen öffentlich klarlegen.**

Erzbergers Appell an die Alliierten.

Trier, 14. Febr. Reichsminister Erzberger gab in seiner Rede bei den Waffenstillstandsverhandlungen zunächst einen Ueberblick über die ungeheuren Opfer, mit denen das deutsche Volk den Waffenstillstand und seine Verlängerung erkaufen mußte: Kriegsgerät im Wert von mehr als 1½ Milliarden, für 2½ Milliarden Eisenbahnmaterial allein durch die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen. Er sprach dann über die Durchführung der Demobilmachung, die Rückgabe der feindlichen Werte und Dokumente, sowie die Uebergabe der landwirtschaftlichen Maschinen. Zur Abgabe von Lokomotiven sagte er u. a.: es fehlen noch 600—700 Lokomotiven. Ich erkläre mich bereit, Ihnen nach näherer Vereinbarung dafür Eisenbahnwagen zur Verfügung zu stellen. Ich bin bereit, in Verhandlungen über Kompensationen für die noch fehlenden Maschinen einzutreten und erwarte Ihre Vorschläge. Erzberger sprach ferner über die Rückgabe von Maschinen und Material an Belgien und Frankreich, die planmäßig weiter gehe.

Er richtete sodann einen dringenden Appell an die Alliierten auf sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, setzte sich energisch ein für die Aufhebung der Verkehrssperre zwischen den links- und rechtsrheinischen Gebieten und für die Freilassung von Personen, die widerrechtlich wegen Ankaufs von Maschinen, sowie im Besitz der deutschen Heeresverwaltung gewesenen Geräte verhaftet worden sind. Dann erhob sich seine Ansprache zu einer scharfen Anklage gegen die Unterdrückung alles deutschen Wesens in Elsaß-Lothringen und gegen die Ermutigung der polnischen Eroberungsgelüste durch die Entente Das deutsche Volk könne und werde sich nicht das Recht nehmen lassen, sich gegen die frechen Ueberariffe der Polen auf sein eigenes Gebiet mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Das Recht des deutschen Volkes auf den ungeschmälerten Besitz seiner Einheit im Rahmen des Wilsonschen Programmes und die Abwehr aller Angriffe auf diese Einheit bleibe ewig und unantastbar Verzweiflung sei die Mutter des Bolschewismus. Er sei eine Hungerkrankheit. Das beste Heilmittel seien Brot und Recht. Sie haben dasselbe Interesse wie wir, sagte er, die Welt über die Hungerkrankheit hinwegzubringen. Veranlassen Sie daher, daß das deutsche Volk endlich an der Weltversorgung, die Sie in der Hand haben, wirklich teilnimmt. Geben Sie uns unser unveräußerliches, auch von Ihnen verbürgtes Recht auf den **Frieden der Versöhnung.** Wieder ist der Ruf des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedens ohne Echo geblieben. **Wir wollen Ruhe und Arbeit.** Wenn sich bei uns der Drang nach Frieden stärker und intensiver äußert, so liegt das an der ungeheuren Auszehrung der Kräfte des Volkes. Wollen Sie die völlige Auszehrung des deutschen Volkes, das eben jetzt mit seiner neuen Daseinsform in die Reihe der Demokratien eingetreten ist? **Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! Verlassen Sie Ihre Politik der rücksichtslosen Ausnutzung der Macht. Seien Sie sich dessen bewußt, daß wie im einzelnen, so auch im Leben der Völker Gewaltpolitik sich bitter rächt!**

Reichsminister des Aeußeren Brockdorff-Rantzau über die Außenpolitik.

In der Freitagssitzung der Nationalversammlung hielt der Reichsminister des Aeußern, Graf Brockdorff-Rantzau eine längere Rede über den neuen Kurs der Reichspolitik nach außen hin. Er führte aus:

Ich kann die Aufgaben der deutschen auswärtigen Politik in zwei Gruppen zusammenfassen. Die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft.

Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt. Zunächst beklagte sich der Graf, daß die Waffenstillstandsverhandlungen von Monat zu Monat verschleppt werden, trotzdem Deutschland weit über die angenommenen Bedingungen hinaus abgerüstet habe. Gegenstände die dem Friedensvertrag vorbehalten seien, dürfen nicht im Waffenstillstand vorweggenommen werden. Wenn er auch manches deutsche Verschulden, wie unsere Haltung im Haag gegenüber den Abrüstungsvorschlägen anderer Staaten, und die Eroberungsgier unserer Annexionisten offen bekannte, so will er doch nicht unsern Feinden ein unparteiisches Urteil, das allein der Weltgeschichte vorbehalten bleiben müsse, zuerkennen und warnt sie, an Stelle von Gerechtigkeit Rache zu setzen. Natürlich berief er sich immer wieder auf Wilson und seine Grundsätze als allein maßgebend. Ein krasser Widerspruch mit denselben sei es, wenn die Gegner den Kriegszustand absichtlich verlängern zu wollen scheinen, um unsere Kriegsgefangenen zu Sklavendiensten anzuhalten. Deutschland könne weder ohne Handelsflotte noch ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten. Die Freiheit der Meere sei für Deutschland einer der wichtigsten Punkte; aber sie sei wertlos, wenn man uns der Flotte beraube und so eine ernste Bedrohung des allgemeinen Friedens schaffe. Nur als rechtmäßige Eigentümer können wir über die Abtretung dieser oder jener Kolonie verhandeln. Elsaß-Lothringen muß selbst über seine Zukunft entscheiden. Nur in diesem Sinne akzeptieren wir auch Wilsons Standpunkt, dem das gegenwärtige Verhalten der Franzosen in den Reichslanden kraß zuwiderlaufe. Es müßten Garantien geschaffen werden, die dem sinnlosen Zustand ein Ende bereiten, daß Deutschland und Frankreich sich als Erbfeinde gegenüberstehen. Der Redner erhob sodann Protest gegen die gewaltsame Besetzung deutscher Gebiete durch den tschecho-slowakischen Staat und gegen die polnischen Pläne. Mit den Dänen hoffe er an unserer Nordgrenze ein Vorbild zu schaffen, wie in freier Verständigung ein langjähriger Völkerzwist zu dauernder Völkerversöhnung geführt werde. Besonderen Nachdruck legte der Reichsminister auf die Aufgaben, die den kommenden Friedensverhandlungen bei der internationalen Regelung der sozialen Frage zukommen, und fand hier namentlich die Zustimmung der Sozialdemokratie, wie denn überhaupt seine Darlegungen öfter von einem Beifall begleitet waren, der dem geringen Temperament des Vortrags angemessen war. Von neuem versicherte Graf Brockdorff, Deutschland sei entschlossen, an der Ausgestaltung des Völkerbundes rückhaltlos mitzuarbeiten und das noch bestehende Mißtrauen durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe, insbesondere durch entschlossene Abkehr von jeder Rüstungspolitik, zu überwinden. Lebhaft stimmte ihm die Lanke zu, als er die auf überlegene Waffenmacht gestützte Außenpolitik als eine schlechte und unfruchtbare Politik bezeichnet, die er keineswegs betreiben wolle. Aber auch eine geistige Abrüstung müsse erfolgen. Zwischen den Völkern müsse wieder gegenseitige Achtung herrschen; das gelte auch gegenüber Rußland. Graf Rantzau verlangt auch die Einbeziehung der am Kriege nicht beteiligten Völker in den künftigen Bund und dankte bei dieser Gelegenheit den Neutralen für ihre uns im Kriege erwiesenen guten Dienste. Zum Schluß betonte Graf Brockdorff, daß die gegenwärtige Regierung, und somit auch er, die Wahrheit namens der überwaltigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu sprechen berufen sei. In seine Hand sei ein Teil der Würde des deutschen Volkes gegeben, und er gelobe, daß er sie wahren werde. Hier nahmen die Beifallskundgebungen besonders herzliche Formen an, als Graf Rantzau bei den Verhandlungen Gleichberechtigung für das deutsche Volk verlangte, das manches, insbesondere gegenüber Belgien, gutzumachen habe und darum keine großen Worte führen, wolle, aber sich auch keinen Bedingungen unterwerfen werde, die seine Würde antasten.

Die Rede Rantzaus hinterließ wegen ihrer Sachlichkeit und wegen ihrer Formulierungen, von denen man sich einen guten Eindruck auf das Ausland versprach..

Rücktritt des Grafen v. Brockdorff-Rantzau?

WTB. **Berlin,** 16. Febr. In später Nachtstunde wird der Voss. Ztg. berichtet, daß nach Meldungen aus Weimar **Graf Brockdorff-Rantzau zurückgetreten sei.** Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt indessen **nicht vor.**

Die Finanzfrage in der Nationalversammlung.

Weimar, 15. Februar. Anläßlich der Einbringung der 25 Milliarden-Vorlage wurde in der Samstagsitzung durch den Reichsschatzminister Schiffer die gesamte Finanzlage aufgerollt. Schiffer beginnt mit der Begründung der riesigen Kreditvorlage, die einerseits 25 Milliarden, andererseits weitere 300 Mill. Mk. verlangt. Je länger Herr Schiffer spricht, desto mehr erwärmt er sich an seinem Thema. Die vom Bundesrat seinerzeit bewilligten, vom Reichstag infolge der Revolution nicht mehr genehmigten 15 Milliarden seien nun aufgebraucht und er richte deshalb an das Haus die dringende Bitte, um äußerste Beschleunigung der Bewilligung der geforderten Summe, weil sonst **das Reich dem Abgrund zutreibe.** Schiffer erhebt seine Stimme, als er erklärt, daß er mit aller Offenheit rückhaltlos die Frage der Finanzen klarlegen wolle. Wir Deutsche hätten zur Politik der Heimlichkeiten offenbar nur sehr wenig Talent. Dieser Krieg war als ein kurzer Krieg veranlagt, er ist uns über den Kopf gewachsen. Das zeigt sich auf der Ausgabenwie auf der Deckungsseite. Die meisten Regierungsstellen fielen schon nach kurzer Zeit den unlauteren Elementen in finanzieller und moralischer Beziehung in die Hände. Wir haben **in den letzten Monaten enorme Ausgaben gehabt. Wir mußten in den Kriegsbetrieben nicht nur unproduktive Arbeit bezahlen,** sondern auch die notgedrungen eingelegten Feierschichten mit Gold aufwiegen. Die Ausgaben für unser Heer sind, obwohl es stark verkleinert ist, **gewachsen und betragen jetzt insgesamt 900 Mill. Mk. monatlich,** weil Löhne und Verpflegungskosten, Entlassungsgelder usw. hinzugetreten sind. Dazu haben wir beispielsweise im Februar allein 67 **Mill. Mk. Erwerbslosenunterstützung** bezahlen müssen. Sehr vorsichtig drückte sich der Minister über die Tätigkeit der A.- und S.-Räte aus. Nicht alle seien über einen Kamm zu scheren. Es gäbe auch sparsame und gute A.- und S.-Räte. Als Graf Posadowsky dazwischen ruft: Statistiken! meint der Minister, daß er nicht in der Lage ist, jetzt Statistiken ins Land zu setzen, denn es fehle an den nötigen Unterlagen zu solchen Statistiken. Die Frage, wie viel Geld die A.- und S.-Räte verbraucht haben, möchte Graf Posadowsky beantwortet haben, da ruft Schiffer mit erhobener Stimme in den Saal: „Das möchte ich auch!" Schiffer geht dann auf die künftigen Ausgaben des Reiches ein. Seine Rede hebt sich in der Forderung, daß wir sparsam sein müßten. Wir haben in diesem Jahre **steigenden Bedarf von 19 Milliarden Mk. gegenüber 5 Milliarden im Frieden,** und dabei wissen wir noch nicht einmal, was die Feinde von uns fordern werden. Dann sagt Reichsminister Schiffer das **eine Wort, das Beruhigung ins Land tragen wird: „Die Reichsregierung ist in keinem Fall gewillt, die Kriegsanleihen zu annullieren.** Das wäre das größte Unrecht, das wir dem Volke antun könnten. Wir wollen doch auf den Boden des Rechtsstaates zurückkehren. Wir wollten unsere **ungeheueren Heeresbestände verwerten, aber diese haben plötzlich Flügel bekommen.** Wir wollten 8 Milliarden daraus gewinnen und müssen nun froh sein, wenn wir 3 Milliarden bekommen." Und nun ruft Schiffer mit lauter Stimme und unter lautem Bravo der Rechten in den Saal: **„Alles ist geraubt, gestohlen und geplündert worden.** Das ist ein ungeheurer Schaden, der dem Reich dadurch zugefügt ist. Nun sind wir gezwungen, die Deckung unserer Schuld auf dem Wege der **Steuern zu erledigen!"**

Die Schulden des Reiches.

Berlin, 14. Febr. Am Dienstag haben, wie berichtet, die Vertreter der Einzelstaaten in Weimar über die Finanzfragen des Reiches beraten. Wie das Wolff-Büro erfährt, wurde dabei die Feststellung gemacht, daß unsere **Kriegsschulden die Höhe von 150 Milliarden noch erheblich übersteigen** und daß die 25 Milliarden, die jetzt in der neuen Kreditvorlage angefordert wurden, zumeist bereits verausgabt sind. Die Ausgaben des Reiches sind seit Beendigung des Krieges und seit der Demobilmachung zurückgegangen, doch übersteigen sie weit das erträgliche Maß. Die Kosten allein für die persönlichen Ausgaben der A.- und S.-Räte belaufen sich laut Voss. Ztg. täglich auf mehrere hunderttausend Mark, aber diese Geldausgabe tritt ganz in den Hintergrund gegenüber der ungeheuren Verschleuderung an Heeresgut, wodurch dem Reiche mindestens 7 Milliarden verloren gegangen sind. Das deutsche Volk wird für

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

diese Mißwirtschaft aufkommen müssen und hat darum das strengste Interesse, daß in der finanziellen Gefährdung des Reiches bald gründlich Wandel geschaffen wird.

Scheidemanns große politische Rede.

Weimar, 13. Febr. Die heutige große politische Rede des neuen Reichsministerpräsidenten Scheidemann lautet in ihrem wesentlichen Inhalt:

Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren, es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen. Seit dem Zusammentritt dieser Versammlung gebe es auf deutschem Boden keine rechtmäßige Gewalt, die nicht von ihr verliehen, in ihrem Auftrage ausgeübt werde. Die provisorische Regierung habe schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung vom 9. Nov. die Wahl angekündigt und habe sie gegen alle Widerstände durchgeführt Jetzt wäre die Zeit der **Gewaltherrschaft ein für allemal vorüber** und keine Macht der Welt werde jemals ungestört wagen dürfen, das **gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten.** Als größte Errungenschaft des neuen Rechtszustandes begrüßte Scheidemann die **Gleichstellung der Frauen.** Uebergehend auf Krieg und Niederlage nennt er es das Schlimmste in der Tragik eines zur Niederlage bestimmten Volks, daß es vor der brutalen Wahrheit die Augen habe schließen müssen, an ein Besiegtwerden nicht habe glauben dürfen Der 9. Nov. enthüllte die nakte Wahrheit Daß unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Festen zu zertrümmern und die alte Herrschaft abzuberufen, darin erblickt der Ministerpräsident die stärkste Bürgschaft für die Zukunft. Er schildert dann die Uebernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit seiner paritätischen Besetzung der Regierungsstellen von vornherein mit einer Erbsünde vor dem Geist der Demokratie beladen gewesen sei. Er geht auf die versuchte Gewaltherrschaft einer verwegenen Minderheit über, auf deren Bekämpfung und den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. Der Ausfall der Wahl habe die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht, der eine breite Vertrauensgrundlage zu geben war. Die so aufgebaute Regierung habe nun die schwere Aufgabe, den Frieden zu schließen, keine mit neuen Kriegsvorbereitungen ausgefüllte Ermattungspause eines ewigen Kriegszustandes der Völker, sondern einen Frieden auf dem Boden einer Weltverfassung. — Scheidemann verlangt ferner Festhalten am Programm des Präsidenten Wilson. Ein niedergetretenes Deutschland wäre für alle Völker der Welt ein Unglück und eine Gefahr, wie zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Bedrohung der Welt gewesen seien, so seien es jetzt die Alldeutschen des Auslands. Wer die alte Welt in unveränderter Form wieder aufrichten wolle, sei der gefährlichste Gegenrevolutionär. Die vorläufige Verfassung durchsprechend, hebt Scheidemann die demokratische Ordnung des Heerwesens hervor, das jedem einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit wahre, der Armee als Ganzes aber das Treiben einer Politik verbiete, sei eine royalistische oder bolschewistische.

Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und Einzelstaaten bekennt sich der Minister zu dem Grundsatz: Einheit in Freiheit! Zum Schluß betont Scheidemann: Der Spruch des Volks habe die Regierungsparteien zu gemeinsamer Arbeit aufgefordert! Nun gelte es, an diese Arbeit zu gehen. Bahn frei für das Dringende, Ungeahnte, Neue, dann werden wir es schaffen!

Fehrenbach Präsident der Nationalversammlung.

Weimar, 14. Febr. (WTB. Nichtamtlich.) **Bei der Neuwahl des Präsidenten der Nationalversammlung wurden 334 Stimmen abgegeben. Davon waren gültig 302 Weiße Stimmzettel wurden 32 abgegeben. Gewählt wurde Fehrenbach (Zentrum) 295 Stimmen. 7 Stimmzettel waren zersplittert. Fehrenbach nahm die Wahl an.**

*

Nachdem aufgrund eines Abkommens der Mehrheitsparteien, der Sozialdemokrat Dr. David sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niedergelegt hat und Minister ohne Portefeuille geworden ist, mußte das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung dem Zentrum als zweitgrößte Partei zufallen. Die Sozialdemokratie konnte nicht außer den Posten des Reichspräsidenten und des Ministerpräsidenten auch noch dieses Amt in einer Koalitionsregierung fordern. So ist der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach gewählt worden, der bereits Vizepräsident geworden war und schon nach dem Tode Kämpfs zum Präsidenten des letzten Reichstags gewählt worden war.

Reichspräsident Ebert.

Berlin, 14. Febr. Wie die B. Z. aus Weimar hört, wird Reichspräsident Ebert in naher Zeit den Regierungen sämtlicher Bundesstaaten und später **auch ausländischen Regierungen seinen Antrittsbesuch machen.** Auf diesen Reisen wird ihn wahrscheinlich sein Kabinettschef Baake begleiten. Heute trifft die Gattin des Reichspräsidenten, Frau Luise Ebert, in Weimar ein. Sie wird in Weimar bleiben, solange Präsident Ebert sich selbst dort aufhalten wird.

Deutschlands Friedensdelegierte.

Berlin, 14. Febr. Der Korrespondent des Az Est hatte in Weimar eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert. Ebert erklärte über die Zusammensetzung der deutschen Friedensdelegation, daß die deutsche Regierung wahrscheinlich **Dr. David und den Grafen Brockdorff-Rantzau entsenden werde.** Die Friedensdeledation werde mit einem genauen, festumrissenen Programm ausgestattet werden.

Kurt Eisner.

München, 13. Febr. (Privatmeldung.) Im Gewerkschaftshaus kam es gestern abend bei einer Versammlung für unsere Kriegsgefangenen zu einer **starken Kundgebung gegen Ministerpräsident Eisner.** Ein Redner erklärte, eine Regierung, die nichts für unsere Gefangenen tue, sei nicht wert, an der Spitze eines freien Volksstaates zu stehen. Brausender Beifall folgte diesen Ausführungen. Rufe ertönten: **„Herunter mit Eisner! Heraus aus Bayern!“** Ein Mitglied des Zentralsoldatenrates sagte, wenn Eisner sich im Laufe des heutigen Tages nicht ausreichend rechtfertige, so würde er hinausgeworfen. Neue Kundgebungen gegen Eisner folgten diesen Worten.

Verhaftete Soldatenräte.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, wurden in Augustowo nach **Veruntreuung von 60000 Mk. Staatsgeldern durch Unterschlagung,** Urkundenfälschung und Raub die Soldatenräte Lienmann und Graase verhaftet. Durch Bestechung der Bewachung gelang es ihnen, zu entkommen. Früher mittellos, verfügten sie jetzt über große Bankguthaben, sodaß die von ihnen geraubte Summe bedeu end höher sein muß. Sie unterhielten vermutlich vaterlandsverräterische Beziehungen zur polnischen Rada in Augustowo.

Spartakistische Pläne.

Berlin, 14. Februar. Im Verfolge der Verhaftung Radeks ist gestern gelungen, **sechs weitere Spartakistenführer festzunehmen.** Auch zwei russische Couriere die Radek mit neuem Material der russischen bolschewistischen Regierung aufsuchen sollten, wurden verhaftet. Der bei Radek vorgefundene **Mobilisierungsplan der Spartakusleute in Deutschland hat den Ausbruch** der Spartakusrevolution in zahlreichen deutschen Großstädten für **den 20. März vorgesehen.** Nach einem einheitlichen Plan sollten in den Großstädten zunächst die Kasernen überrumpelt werden.

Vereitelte Spartakisten-Putsche.

WTB. **Berlin**, 16. Febr. **Ueber das was Berlin gestern drohte und was durch das rasche Zugreifen der Staatsanwaltschaft, der Kriminalpolizei und der Regierungstruppen am Samstag Abend durch die Massenansammlungen verhindert wurde, berichten die Morgenblätter wie folgt: Unter Führung der Truppen des roten Soldatenbundes, dem bewaffnete Arbeiterkompagnien angegliedert werden sollten, dachte man systematisch die ganze innere Stadt zu besetzen. Unter Führung der verhafteten Führer sollte gegen Abend das ganze Zeitungsviertel abermals besetzt werden, um die Nachrichten gänzlich zu unterbinden. Ferner sollte das Haupttelegraphenamt mit den wichtigsten Gebäuden durch hinreichend starke Truppen genommen werden. Man hat den fertigen Plan ausgearbeitet ganze Straßenblöcke zu besetzen, um den Kampf von den Dächern gegen herankommende Regierungstruppen mit Erfolg betreiben zu können. Jeder Block sollte eine Festung für sich sein, deren Erstürmung große Truppenmassen und schwere Opfer an Blut wie an Material gefordert hätten.**

Feuergefecht mit Spartacisten.

WTB. **Dorsten**, 16. Febr. Zu einem **heftigen Gefecht kam es zwischen dem westfälischen Freiwilligen-Korps Lichtschlag und den Spartacisten** in Harvest-Dorsten. In der Nacht zum 10 Februar traf das Freiwilligen-Korps in Reklingshausen ein. In der gleichen Nacht zogen die Spartacisten erhebliche Verstärkungen aus Müllheim und Oberhausen heran. Sie besetzten in Dorsten den Bahnhof und die beiden Lippe-Brücken. Am 15. Februar vormittags rückten die Regierungstruppen nach Dorsten und nahmen in Sturm den Bahnhof und die beiden Brücken. **Dann entspann sich ein heftiges Feuergefecht in das auch die Artillerie eingreifen mußte. Die Truppen drangen erfolgreich vor.** Um das Blutvergießen einzuschränken bot der Kommandeur der Truppen Waffenstillstandsverhandlungen an. Bei den Verhandlungen forderte er die Abgabe aller Waffen nach einem bestimmten Orte und die ungehinderte Untersuchung der Straftaten. Da zu der bestimmten Frist keine Waffenniederlegung erfolgte, mußte der Angriff von neuem wieder aufgenommen werden. Das gesamte Harvest-Dorf wurde besetzt. Das Freiwilligen-Korps hatte mehrere Tote und Verwundete, **die Verluste der Spartacisten sind erheblich.**

Unruhen in Nürnberg.

WTB. **Nürnberg**, 16. Februar. Nach Schluß der gestrigen Demonstration seitens der Soldaten der Garnison Nürnberg wegen des Verbleibens des Kriegsministers Roßhaupter in seinem Amte, **fanden im Laufe des Nachmittags an verschiedenen Stellen der inneren Stadt Ansammlungen statt.** Sonntag früh setzte die Gegenbewegung erneut ein. Auf dem Agitienplatz fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, als Protest über die sog. weiße Garde und die Minister Roßhaupter und Auer. Nach Schluß der Versammlung zogen die Demonstranten durch das Stadtinnere. Vor dem Gebäude des Generalkommandos fielen angeblich Schüsse aus dem Hause, **wodurch 2 Soldaten, nach einer anderen Version sogar 5 Soldaten getötet worden sein sollen. Darauf stürmte die Menge das Generalkommando.** In den Straßen des Generalkommandos sind Wachposten aufgestellt, die zunächst damit beauftragt sind, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Die Fernsprecher- und Telegraphenämter sind von der roten Garde besetzt worden. Auch der Fränk. Kurier und die Fränk. Tagespost sind besetzt und mit Maschinengewehren ausgestattet. Der gesamte drahtlose Verkehr innerhalb der Stadt und auch außerhalb war bis 4 Uhr stillgelegt. Der Zugverkehr geht seinen normalen Gang.

Ein Aufruf Hindenburgs.

Berlin, 14. Febr. (WTB. Amtlich.) Nachdem der Grenzschutz der Obersten Heeresleitung übertragen worden ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914 zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt, im Osten eintraf, standen mir **schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führern und Truppen** gelang es bei Tannenberg und den masurischen Seen unsere Ostmarken vor feindlichen Einfall zu bewahren. Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, **so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes.** Nicht weil wir, von der Uebermacht unserer Feinde und der Hungerblockade erdrückt, um Frieden bitten mußten, sondern weil ich **unser Volk in sich zerrüttet und erschlafft im Wollen sehe.** Viele stehen abseits und haben mit der Freude am Vaterlande auch jeden Opfersinn verloren. Wohin soll uns dieser Zustand führen? Wir müssen hindurch, entschlossen in der Arbeit zum Besten des Vaterlandes. Dazu gehört in erster Linie, daß wir opferfreudig in der **Liebe zur Heimat den alten deutschen Boden schirmen vor dem neuen Feind, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht.**

Ihr Freiwilligen und jungen Kameraden, die Ihr zum Schutze der Ostmark Euer Leben einzusetzen entschlossen seid, denkt an die Getreuen vom Jahre 1914. Und Ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen. Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen. Welchen Stammes Ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Badener oder Preußen, welcher Partei Ihr auch angehört, **wir sind alle Deutsche, vergesset, was uns trennen könnte. Findet Euch wieder zusammen in der Liebe zur Heimat, in Selbstzucht, Disziplin und Vertrauen zu Euren Führern.**

Hindenburg.

Die Gefahr im Osten.

Bolschewistische Hoffnungen.

Helsingfors, 13. Febr. Die russische Zeitung „Sewernaje Kommune“ berichtet über die unaufhaltsam anwachsende revolutionäre Bewegung bei der Entente. Trotz des Brester Vertrages sei die Rote Armee aufgestellt worden und werde immer stärker, was die Siege im Baltikum und in der Ukraine bewiesen hätten. Die Zeit arbeitet für die Räte-Regierung. **Der Kommunismus sei in Deutschland nicht mehr aufzuhalten,** wo bereits im Norden der Kampf mit den Arbeitern beginne, der kräftig von der Sowjetregierung unterstützt würde. England könne mit den Streikenden nicht fertig werden, da die Arbeiter selbst ihr Schicksal in die Hand genommen hätten, was das Vorzeichen der kommenden Revolution sei.. Der in Aussicht stehende Vertrag mit den Westmächten sei eine Ruhepause zum weiteren Ausbau der Roten Armee, denn ein dauernder Frieden zwischen Sowjet und Imperialismus könne nie geschlossen werden. Der Vertrag sei nur ein Waffenstillstand zum Sammeln der Kräfte bis das Proletariat des Westens zu Hilfe komme. Die Westmächte müßten auf die Bedingungen der Sowjet eingehen, da sonst ihren Arbeitern die Augen geöffnet würden, welche nie gegen ihre russischen Brüder kämpfen würden.

Russischer Aufruf zur Zertrümmerung des Kapitalismus.

Helsingfors, 13. Febr. Wie die russische Presse meldet, legt die Sowjetregierung bei den Verhandlungen auf den Prinzeninseln ganz besonderen Wert auf die Oeffentlichkeit der Verhand- Sowjetregierung ihrem ganzen Wortlaut nach zur Veröffentlichung gelangen. Lenin und Trotzki sind als Vertreter bestimmt. Die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz auf den Prinzeninseln ist durch Anschlag in den Städten und Dörfern Rußlands als großer Sieg des Kommunismus verbreitet worden mit der Aufforderung an die Bevölkerung, die Anstrengungen zur Zertrümmerung des Kapitalismus zu verdoppeln.

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Seyffert-Klinger.
30

Er schlug jetzt einen scherzenden Ton an, suchte sie zu umfassen und sie an sich zu ziehen.

Auf Helenes Wangen aber flammte Zornesröte. „Nein, ich denke durchaus nicht wie du, noch verstehe ich dich!“ rief sie vor ihm zurückweichend. „Als du das Geld zu erlangen suchtest, sprachst du ganz anders. Aus jedem deiner Worte ersehe ich, daß unsere Anschauungen weit, sehr weit auseinandergehen. Du hast Unruhe und Unfrieden in mein Leben gebracht, nicht eine Stunde bin ich desselben froh geworden, seitdem du behauptest, mich zu lieben. Ich glaube an deine Liebe nicht mehr. Darum sage ich mich los von dir.“

„Geh, ich will dich nicht wiedersehen! Läßt dein Gewissen es zu, daß du vierttausend Mark schuldig bleibst, so will ich dich nicht darum mahnen, sondern mir die größten Entbehrungen auferlegen, um das Kapital ratenweise an meine Mutter zurückzahlen zu können.“

Ein hartes Aufschluchzen, das sie nicht zu unterdrücken vermochte, ließ sie stocken. Mit heißen Tränen kämpfend fuhr sie fort: „Alles verzeihe ich dir. Daß du mich aber verleitet hast, das Vertrauen meiner Mutter zu täuschen, kann ich dir nicht vergeben. Nie wird sie den Glauben an meine Wahrhaftigkeit zurückerlangen, und das ist für mich am schmerzlichsten, das verwinde ich nicht!“

Erwin war erblaßt. Vergeblich rang er nach Worten, sie wollten sich nicht über seine Lippen zwingen lassen. In dieser ernsten Stunde versagte seine Leichtfertigkeit. Er fühlte instinktiv, daß ihm mit Helenes Liebe ein köstlicher Schatz verloren ging, er empfand, wie gedemütigt und klein er vor ihr stand. Sein Selbstbewußtsein bäumte sich auf.

„Ich denke nicht daran, dich zu benachteiligen, du bekommst das Darlehen bei Heller und Pfennig mitsamt den üblichen Zinsen zurück. Nur im Moment kann ich es nicht geben. Die Hilfsquellen meines Freundes Rosenberg haben versagt, und auf ihn hatte ich mich, du weißt es, verlassen. Du wirst einsehen müssen, daß es auch einem Manne zur Unmöglichkeit gemacht werden kann, sein Wort zu halten.“

„Gewiß! Aber dann müßtest du offen und ehrlich meiner Mutter das Geschehene mitgeteilt haben und auch, wann sie auf Rückzahlung des Darlehns rechnen darf.“

„Puh, dazu verspüre ich keine Lust! Habe genug an der Probe deiner Beredsamkeit. Mir auch noch von deiner alten Dame die Leviten lesen zu lassen, dafür muß ich doch bestens danken! Ueberhaupt — meine Frau muß einmal in erster Linie zu mir halten. Du läßt dich viel zu sehr von der Alten deiner Mutter beeinflussen, sie würde immer zwischen uns stehen, unseren häuslichen Frieden durch ihre Kannegießerei untergraben.“

Frau Braun war nahe daran, aus ihrem Lauscherposten hervorzubrechen und dem „dummen Jungen“ gehörig ihre Meinung zu sagen.

Aber sie fürchtete selbst, ihr lebhaftes Temperament könne ihr einen Streich spielen. Es war schon besser, sie unterließ jede Einmischung.

Aber ihre klugen Augen beobachteten um so schärfer, ließen die Blicke wandern zwischen Helene und Rosenberg, der zur Seite stand und seinen Mienen keine Beherrschung auferlegte.

Was Frau Braun längst vermutet, das schien sich ihr heute zu bestätigen. Schmerzliche Sorge und heiße Bewunderung spiegelte sich in seinen Zügen, wenn er Helene ansah; Entrüstung und Verachtung, sobald er Erwins Gesicht fixierte, das, von bösen, gehässigen Empfindungen entstellt, geradezu häßlich erschien. Absichtlich vermied Leo es, den Kollegen anzuschauen, weil auch er fürchtete, sich zu vergessen.

Allerdings hätte er durch ein paar wohlgezielte Ohrfeigen am liebsten dem anderen bewiesen, wie maßlos ihn dessen Verhalten empörte, doch Leo hatte mehr zu bedenken.

Er kannte jetzt zur Genüge Erwins rachsüchtigen Sinn. Und Erwin wurde vom Chef bevorzugt und ausgezeichnet; wer ihn reizte, hatte einen schweren Stand.

Leo aber durfte seine Brotstelle nicht aufs Spiel setzen. Seine alte Mutter wäre vor Gram krank geworden, wenn er seine Kündigung erhalten hätte.

Auch seine maßvolle Zurückhaltung gefiel Frau Braun. Sein Wesen sowohl wie sein Aeußeres flößten ihr Vertrauen ein. Sie mochte ihn gern.

Helene hatte sich höher aufgerichtet. Ihre schönen dunklen Augen funkelten. „Wer mich heiratet, muß meine Mutter ehren und achten, sie, der ich alles danke, was ich bin und besitze. Die schönsten Jahre ihres Lebens hat sie meiner Erziehung gewidmet, unablässig geschafft und gespart, um mir zur Selbständigkeit zu verhelfen. Sie war mir stets mehr Freundin als Mutter, unablässig bemüht, mich für das harte, ernste Leben vorzubereiten. Und diese meine beste Freundin und Vertraute sollte ich zurücksetzen eines Mannes wegen, der mir seine Liebe und Treue noch erst beweisen soll? Nimmermehr!“

Erwin lachte kurz auf. „Du bist eine Phantastin, Kind, und ich rate dir, solche Anschauungen künftig für dich zu behalten! Sonst wirst du noch gar, trotz all deiner guten Eigenschaften, eine alte Jungfer. Ein Mann, welcher von vornherein mit der Einmischung der künftigen Schwiegermutter rechnen muß, heiratet dich nicht!“

„Nun, dann bleibe ich ledig. Bei meiner lieben Mutter bin ich wohlgeborgen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß jeder so kurzsichtig ist wie du. Meine Mutter besitzt Takt genug, um jederzeit weise Zurückhaltung zu üben. Gegebenenfalls würde sie nur zum Besten reden. Ein Mann aber, welcher die eigene Mutter ehrt und schätzt, wird nicht verlangen, daß ich die meinige rücksichtslos vernachlässige, anstatt sie an meinem Glück teilnehmen zu lassen, ebensowenig, wie ich es dulden würde, daß meinetwegen meine treusorgende alte Mutter zurückgesetzt, in ihren heiligsten Gefühlen verletzt würde.“

„Phantastereien und kein Ende. Die Wirklichkeit ist eben anders, als du sie uns zumuten beliebst. Du bist heute in einer kampfbereiten Stimmung, Lenchen, und darum ist's am besten, ich verabschiede mich und komme zu geeigneterer Zeit wieder.“

Einen Moment vielleicht zögerte sie. Doch schon richtete sie sich hoch und stolz auf, die Erregung machte sie blaß, aber ihre Stimme war hart und klar. Sie sagte:

„Du findest hier verschlossene Türen und wirst nicht wiederkommen! Die Rückgabe des Darlehns kann durch die Post erfolgen. Ich habe dich aufgegeben, und keine Macht könnte meinen Sinn ändern. Und nun geh, eh' meine Mutter zurückkommt. Sie ist dir nicht zugetan und würde dich nicht schonen. Es muß auch dir daran gelegen sein, dieser Begegnung auszuweichen.“

Den Kuckuck auch, es fehlte nur, daß die alte Dame ihm noch mit einer Gardinenpredigt zusetzte! Schon die Aussicht machte Erwin wild. Er griff eilig nach seinem Hut.

„Du wirst diese Stunde noch bereuen,“ stieß er böse hervor, „hast meine Langmut auf eine harte Probe gestellt. Aber es geschehe nach deinem Wunsch! Nur gebe ich dir zu bedenken, daß ich mich zu einer Aussöhnung später schwerlich bereitfinden werde. Dann besinne dich darauf, daß du den Bruch gewollt hast, nicht ich!“

Ohne ein Lebewohl stürmte er hinaus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Friedenskonferenz.

Die Entente befürchtet einen diplomatischen Sieg Deutschlands.

Paris, 13. Febr. Die Völkerbundskommission beendigte gestern morgen die Beratung des Planes der verschiedenen Vertreter der Nationen. Wegen der großen Zahl der Zusatzanträge und Umarbeitungen des Textes ist es nötig, den Plan an die Redaktionskommission zurückzuverweisen, welche morgen früh im Hotel Crillon zusammentritt. Belgien verlangt auf der Friedenskonferenz ferner Verwerfung des Neutralitätsvertrages von 1839.

Die letzter Tage beobachtete **starke Nervosität der Friedenskonferenz** hält man für die indirekte Folge der Berner Sozialistenkonferenz. Die Entente erklärt, die gegen jede weitere militärische Aktion gerichtete Erklärung der Internationale unwirksam machen zu müssen, um sich politisch und diplomatisch Hilfe Amerikas erreicht hat. Die Entente fürchte die Gefahr auf dem Boden zu behaupten, den man militärisch durch die eines diplomatischen Sieges Deutschlands. Die Behandlung der Frage der künftigen deutsch-französischen Grenze erfolgt nach der Behandlung der Adriafrage.

Warnung deutsch-schweizer Blätter an die Entente.

Bern, 12. Februar. Während die westschweizerische Presse in getreuer Befolgung des französischen Stichwortes, weitgehendstes Verständnis für die von der Entente geplante Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen an den Tag legt und mit der Lausanner „Revue" erklärt, daß es nie zu spät sei, die Fehler des ungenügenden Waffenstillstandes auszugleichen, **warnen die deutschschweizerischen Blätter die Entente** dringend, den Bogen zu überspannen. Der augenblicklich in Deutschland weilende stark deutsch-kritische Leitartikler der Basler Nationalzeitung erklärt die neue geplante Verschärfung der militärischen Bedingungen für eine überflüssige, häßliche Bosheit, weil jedem, der auch nur einige Tage in Deutschland verbringe, sich darüber im Klaren sei, daß gegen eine ernsthaft, wohlorganisierte Heeresmacht ein Widerstand Deutschlands heute völlig undenkbar sei. Eine ungeheure, das russische Vorbild weit übersteigende Katastrophe sei in Deutschland unvermeidlich, wenn nicht bald die Vernunft in Paris eintrete. Welcher Friede immer der alliierte Imperialismus dem deutschen Volke aufzuerlegen hoffe, er bleibe ein Papierfetzen, der nur zu bald zerreißen würde. Der Sturz Europas in den Abgrund sei dann nicht mehr aufzuhalten. **Am verhängnisvollen Irrtum Fochs würde die ganze Welt, Frankreich eingeschlossen, zu Grunde gehen.**

Präliminarfrieden.

Berlin, 15. Febr. Homme Libre meldet: Im Kammerausschuß teilte Pichon mit, daß die Alliierten in ihrer Sitzung am 12. **dem Abschluß eines Präliminarfriedens mit dem Feinde zugestimmt haben und daß die Vorarbeiten unmittelbar vor dem Abschluß des neuen Waffenstillstandes beginnen werden.**

Foch und die deutschen Kriegsgefangenen.

Genf, 15. Febr. „Echo de Paris" meldet: Marschall Foch hat in einem neuen Armeebefehl die **Verwendung der deutschen Kriegsgefangenen außerhalb der militärischen Internierungslager verboten**, damit auch ihre vorläufige Beschäftigung im Aufbaugebiet.

Zur Internationalisierung des Rheins.

Zürich, 14. Febr. Der Pariser Vertreter der „N. Z. Ztg." meldet: In einer Kommentierung des Besuchs des Bundespräsidenten Ador bei Wilson und Clemenceau sagt die „Chicago Tribune", daß der Rhein einer der ersten Flüsse sein wird, mit denen sich die Kommission **für die Internationalisierung der Wasserwege** beschäftigen wird. Die Einwände Hollands gegen die Internationalisierung sind verschwunden gegenüber der Furcht vor einem Kanal zwischen Rhein und Schelde, der den Hafen von Rotterdam zugunsten Antwerpens entwerten würde. Das amerikanische Blatt fügt hinzu, daß die Internationalisierung **viele französische Kreise beruhigen würde, die auf das linke Rheinufer Anspruch erheben.**

Die amerikanisch-französischen Mißhelligkeiten.

Zürich, 14. Febr. Der Pariser Vertreter der „N. Z. Ztg." drahtet: **Die Mißhelligkeiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten haben sich verschärft.** Sie werden von einem französischen Diplomaten im „Paris-Midi" wie folgt erklärt: Die Amerikaner haben sich daran gewöhnt, die Weltpolitik unter dem Gesichtspunkt der großen Prinzipien zu behandeln. In dieser Hinsicht haben wir Franzosen sie etwas enttäuscht. Man erwartete von uns eine große politische Konzeption als Programm für den Wiederaufbau Europas. Statt dessen haben die Amerikaner von uns den Eindruck gewonnen, daß wir den Frieden als eine Reihe zu begleichender Rechnungen auffassen. Sie haben wohl eine Empfindung für den Edelmut unserer Anhänglichkeit an Elsaß-Lothringen, im Uebrigen fragen sie sich, ob die einzige Idee, die uns leitet, nicht dahin geht, aus dem Sieg den größtmöglichen Nutzen für uns herauszuschlagen. Tatsächlich, so bemerkt der französische Diplomat, bereitet uns jedoch nur das Sorge, daß wir sehen, wie Deutschland seine Kräfte zusammenfaßt, um einen Block zu bilden.

Zur Freiheit der Meere.

Basel, 14. Febr. „Gazetta di Popolo" meldet: Wilson erklärte Lloyd George, daß Amerika nicht die Beherrschung der Meere erstrebe, sie aber auch anderen Ländern nicht zugestehen werde. Sollte keine Vereinbarung zustande kommen, **dann werde Amerika diese Herausforderung annehmen** und zwar für jedes Schiff, welches die anderen bauen, zwei neue bauen.

Wilson für die Wiedererstarkung Deutschlands?

Berlin, 14. Febr. Im „Lok.-Anz." wird gesagt, daß es dem Präsidenten Wilson gelang, mit seinem Hauptprogramm über die Verlängerung des Waffenstillstandes durchzudringen. Präsident Wilson wollte die Forderung Fochs, die sich auf die Auslieferung einer großen Anzahl fertiger oder in Arbeit befindlicher deutscher Geschütze bezieht, nur unter der Bedingung zustimmen, daß der deutschen Industrie und dem deutschen Handel der Weg zur Wiedererstarkung nicht nur nicht verschlossen, sondern ohne Verzug geebnet werde. Bis wieweit dies durch direkte Abmachungen Deutschlands und Amerikas sowie durch Milderung der Blockierung Deutschlands möglich sein wird, soll vom Verlaufe der Friedensverhandlung abhängen. Bei dieser dürfte die Frage einer provisorischen Verständigung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung bis zum Friedensschluß von besonderer Wichtigkeit sein.

Wilson auf der Heimreise.

WTB. **Brest**, 15, Febr. Der Dampfer „Georg Washington" mit dem Präsidenten Wilson an Bord, ist um 11.15 Uhr vormittags in See gegangen.

Das Fiasko der französischen Verwaltung in Elsaß-Lothringen.

Bern, 13. Febr. Der frühere französische Kriegsminister Messimy hat im Außenausschuß der Kammer einen Bericht über die französische Verwaltung von Elsaß-Lothringen verlesen, wonach zwischen der französischen Militär- und Zivilverwaltung ein unvereinbarer Antagonismus bestehe. Die Teilung der Gewalt in drei Kommissariate habe bei allen Einwohnern lebhaften Unwillen ausgelöst. Die Einwohner werfen auch der französischen Verwaltung vor, die **Bedürfnisse und die Sitten der Elsaß-Lothringer zu verkennen.** Die Verwaltung habe sich in vielen Fällen unfähig gezeigt, unnütze Posten geschaffen und unbedingt notwendige abgeschafft. Messimy fragt, ob Frankreich daran liege, die furchtbarste moralische Katastrophe vorzubereiten, die ein Land erleben könne und beschwört den Ausschuß, rechtzeitig einzugreifen und die nötigen Maßnahmen vornehmen zu lassen. Senator Jeauey ist nach Paris abgereist, um dem Oberkommissar Bericht zu erstatten und mit ihm Rücksprache zu nehmen.

Durch französische Schuld faulende deutsche Lebensmittel.

Basel, 13. Febr. Die Züricher Morgenztg. bringt folgende Meldung über das unmenschliche Verhalten der französischen Behörden: Im Baseler Postgebäude liegen, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, seit Dezember 5000 Säcke aufgestapelt mit Lebensmitteln und Liebesgaben des ausgehungerten deutschen Volkes an seine in französischer Kriegsgefangenschaft schmachtenden Söhne. Vergebens sind bisher Briefe und Depeschen an die französischen Behörden abgegangen, um die Sendung von Güterwagen zu veranlassen, damit die völliger Zerstörung preisgegebenen Eßwaren endlich an die Adresse der sehnsüchtig Harrenden gelangen. Aber bisher keine Antwort, kein Wagen, keine Entschuldigung. Schon verfaulen die Vorräte und verbreiten einen üblen Geruch. Viel übler als diese Waren aber, so betont das Züricher Blatt, riecht der Ruf der Nation, die solches geschehen läßt. Wir Neutrale müßten uns selbst verachten, wenn wir all diese Ungeheuerlichkeiten nicht mit aller uns zu Gebote stehenden Macht in die harthörige Welt hinausrufen würden, in der Hoffnung, daß der stete Tropfen doch auch hier den Granit höhlt.

Genf, 14. Febr. Der „Temps" meldet, daß die **Sozialisten auf Besprechungen ihrer Interpellation** gegen eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten **verzichtet haben.** Die Besprechung sollte am Samstag stattfinden. Der „Temps" feiert die Stellungnahme der Sozialisten als patriotische Tat.

Ernste Lage in England.

Basel, 14. Febr. Die „Berner Tagwacht" berichtet über die Unruhen in England und betont, daß diese das alte England bis in die Grundfesten erschüttern. Glasgow wurde zur Niederdrückung des Aufstandes von weiteren 10 000 Mann Militär besetzt. Belfast ist völlig in der Hand der Arbeiter. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt hierzu. England sei der erste Ententestaat, welcher die bolschewistische Bewegung am meisten zu befürchten habe.

Die ersten Geständnisse.

Berlin, 14. Februar. Einem Londoner Telegramm zufolge führt Admiral Jellicoe in einem oor einigen Tagen erschienenen Buch über die Entwicklung der englischen Flotte aus, daß diese **in mancher Beziehung der deutschen unterlegen** gewesen sei, namentlich, was die Torpedojäger und Unterseeboote anlangte. Auch die britische Munition habe nicht genügt. **In der Schlacht am Skagerrak sei die deutsche Munition vorzüglich gewesen.**

Kaiser Karl schwer erkrankt.

Zürich, 14. Febr. Der Wiener Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung" drahtet: Im Befinden des Exkaisers Karl ist eine gefährliche Verschlimmerung eingetreten. **Er leidet an Herzmuskelerschlaffung mit bedenklichen Erscheinungen von Herzschwächen** und kann nur wenige Stunden mehr das Bett verlassen. Die Aerzte erklärten den Zustand für sehr ernst.

Die Rechte des künftigen Landtags.

Karlsruhe, 15. Febr. Der Verfassungsausschuß nahm in seiner gestrigen Vormittagssitzung den § 45 (Präsidentenwahl) ohne besondere Aenderung an. Der § 46 erhielt folgende Fassung: „Der Landtag ist vor Ablauf der Landtagsperiode durch das Staatsministerium aufzulösen, wenn es von 80 000 stimmberechtigten Staatsbürgern verlangt wird und die Mehrheit bei der innerhalb vier Wochen vorzunehmenden Volksabstimmung diesem Verlangen beitritt. Das Staatsministerium hat gleichzeitig mit der Auflösung die Neuwahlen anzuberaumen, welche längstens 30 Tage nach der Auflösung stattfinden müssen." § 49 erhielt folgende Fassung: „Die Annahme eines Gesetzentwurfs, sowie die Ablehnung einer Regierungsvorlage kann sowohl nach Vorberatung in einem Ausschuß als auch ohne solche erfolgen, in beiden Fällen aber nur aufgrund einer zweimaligen, durch eine Zwischenzeit von mindestens einer Woche, bei Verfassungsänderungen mindestens einem Monat getrennten Beratung und Abstimmung. Von dieser Frist kann abgesehen werden, wenn nicht mehr als höchstens 15 Abgeordnete widersprechen."

Staatspräsident und Staatsministerium in Baden.

Karlsruhe, 15. Febr. Die gestrige Nachmittagssitzung des Verfassungsausschusses war ausgefüllt mit der Besprechung über die Einsetzung eines **Staatspräsidenten.** Die Abstimmung ergab die Annahme eines demokratischen Antrags, wonach der Landtag in öffentlicher Sitzung das Ministerium und aus dessen Mitte den Staatspräsidenten sowie dessen Stellvertreter wählt. Durch einfache Stimmenmehrheit können die Minister vom Landtag abberufen werden. Schließlich wurde der Absatz 1 des § 63 in folgender Fassung angenommen: „Die Mitglieder des Staatsministeriums werden aus den stimmberechtigten Staatsbürgern unter Bezeichnung der von ihnen zu verwaltenden Ministerien vom Landtag in öffentlicher Sitzung gewählt. Aus den Mitgliedern des gewählten Staatsministeriums erwählt der Landtag alljährlich den Präsidenten des Staatsministeriums und seinen Stellvertreter." Der Absatz 2 des Paragraphen erhält folgende Fassung: „Der Landtag kann jederzeit durch einen Beschluß, dem die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt, die Mitglieder des Staatsministeriums oder einzelne von ihnen abberufen. Die Zahl der Minister wird auf höchstens sechs festgesetzt.

Bürgerpflichten.

Die Wahlen zu den Nationalversammlungen rüttelten das Bürgertum auf. Es zeigte ein politisches Interesse, wie nie zuvor. Dieses Interesse wach zu halten, ist Pflicht der politischen Parteien, aber auch Pflicht jedes einzelnen.

Wie oft haben wir im Wahlkampf gehört, daß jetzt der „wahre Volksstaat" errichtet werden müsse. Ein wahrer Volksstaat kann aber nicht entstehen, wenn das Bürgertum nur bei den Wahlen sich regt und in der Zwischenzeit in jene politische Gleichgültigkeit zurückfällt, die wir im alten Deutschland so sehr beklagten. Das Demokratische Staatswesen verlangt weit mehr als von seinen Bürgern es verlangt fortdauerndes politisches Interesse und ständige politische Betätigung. Das Bürgertum muß den Willen zur politischen Macht haben und diesen Willen bekunden durch Eintritt in die politischen Organisationen und tatkräftige Mitarbeit daran.

Denn die politischen Parteien sind im Volksstaat etwas ganz anderes geworden, als sie es früher waren. Sie sind jetzt ein Teil der Staatsmaschine. Ob das dem einzelnen gefällt oder nicht, ist gleichgültig. Wenn er mithelfen will an der gewaltigen Aufgabe, zu der wir alle berufen sind, am Wiederaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, dann muß er hinein in die Partei, deren Ziele er als die richtigen erkennt. Das ist der einzige Weg, der zum politischen Einfluß führt. Wenn er nicht von allen Volksgenossen beschritten wird, steht das schöne Wort, daß das Volk selbst Träger der Staatsgewalt sei nur auf dem Papier.

Durch die Parteien werden die Minister bestimmt, durch die Parteien die Verfassungen und Gesetze beschlossen. Die „Obrigkeit" ist das politisch gewordene Volk selber; der Staat sind wir. Alle und jeder einzelne ist ein lebendiges Glied davon. Das Schimpfen über unzweckmäßige Gesetze und Verordnungen ist gegenstandslos geworden; denn jeder einzelne hat die Möglichkeit dafür zu sorgen, daß es besser werde. Seine Pflicht ist es, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Das Wohl des Ganzen gebietet es.

„Politik ist kein bloßes Sonntagsvergnügen, sondern eine ernste Arbeit, von der Leben und Sterben eines Volkes abhängt." Dieses Wort Neumanns gilt heute mehr denn je. Wer es nicht durch die Tat beherzigt, zeigt, daß er den Geist der neuen Zeit noch nicht verstanden hat. Denn diese neue Zeit verlangt politische Betätigung als höchste Bürgerpflicht.

Aus Nah und Fern.

△ **Sinsheim**, 14 Februar. (Lieferung von Saatkartoffeln.) Wie im vor. Jahre, ist es auch in diesem Jahre innerhalb der vorgesehenen Frist (15. 11. 18.) nicht gelungen, die Eindeckung mit Saatkartoffeln in vollem Umfange durchzuführen. Der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat daher in der Bekanntmachung über Saatkartoffeln vom 6. Februar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 161) verordnet, daß vom 10. Febr. bis 15. März 1919 erneut eine Frist zum Abschluß von Saatgutlieferungsverträgen eröffnet wird. Innerhalb dieser Frist können Saatkartoffeln an solche Personen, die sie selbst zur Aussaat verwenden [illegible] an landwirtschaftliche Berufsvertretungen abgesetzt werden. Auch die Kommunalverbände noch einmal zum Ankauf von Saatkartoffeln zu ermächtigen, erschien dagegen nicht geboten. Die Voraussetzungen für Absatz und Lieferung stimmen im übrigen mit denen der Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 vom 2. September 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1092) im wesentlichen überein.

* **Sinsheim**, 16. Febr (Witterungsumschlag.) Auf die langanhaltende strenge Kälte ist im Laufe der gestrigen Nacht ein gründlicher Wettersturz erfolgt, der uns bei Südwestwind Tauwetter brachte, die ganze Umgegend war bis heute Sonntag abend wieder vollständig schneefrei.

∾ **Sinsheim**, 17. Febr. Der Sinsheimer Liederkranz nimmt, wie aus dem Inserat ersichtlich, seine Tätigkeit nun wieder auf. Da die aktiven Mitglieder noch fast vollzählig sind und der frühere, altbewährte Dirigent, Herr Hauptlehrer Saur, in liebenswürdiger Weise die Leitung der Sängerchors übernommen hat darf man annehmen, daß der Verein in kurzer Zeit wieder seine frühere Tätigkeit voll und ganz entfalten wird.

* **Waibstadt**, 13. Febr. (Umlage.) Der neuaufgestellte und vom Bürgerausschuß genehmigte Gemeindevoranschlag für das Jahr 1919 verzeichnet an Einnahmen 46,244 Mk., an Ausgaben 79,743 Mark. Es bleiben sonach durch Umlagen zu decken 33,499 Mk., wozu derselbe Umlagesatz von 40 Pfg., wie im Vorjahr ausreicht.

):(**Aus Baden**, 13. Febr. (Fleckfieber.) Wie der „Bad. Landesztg." von fachmännischer Seite mitgeteilt wird, mehren sich im besetzten Gebiet die Fleckfieberfälle auffallend. Das französische Oberkommando läßt die aus dem Osten zurückgekommenen deutschen Soldaten jetzt zur Beobachtung internieren.

)(**Vom Lande**, 14. Febr. (Mißbrauch von Kriegsbeschädigten,) Neuerdings wird wiederum von gewissen Unternehmern der Versuch unternommen, Kriegsbeschädigte zu Reklamezwecken zu mißbrauchen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es dem Unternehmer nur darauf ankommt, solche Kriegsteilnehmer zu gewinnen, die durch die Art ihres Leidens bezw. ihrer Verstümmelung geeignet sind, Mitleid zu Gunsten seines Umsatzes zu erzwecken. Eine derartige Ausnutzung von Kriegsbeschädigten verdient aus rein menschlichen Gründen und im Interesse der Kriegsbeschädigten-Fürsorge die schärfste Verurteilung. Wie wir hören sind die maßgebenden Stellen bereits darüber in Erwägung getreten, ob ein derartiges Verfahren nicht auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 zu unterbinden ist. Wir warnen jeden Kriegsbeschädigten gegenüber derartigen Ausnutzungsversuchen zu größter Vorsicht.

bc. **Heidelberg**, 14. Febr. Hier ist eine Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechtes (Heidelberger Vereinigung) gegründet worden. Dabei hielt Prinz Max von Baden einen Vortrag über Rechtsfrieden und Völkerbund. In einer Entschließung wurde ausgesprochen, daß eine gemeinsame Schuld aller kriegführenden Großmächte Europas vorliege. In der Entschließung wurde Einspruch erhoben gegen die Art wie Foch den Waffenstillstand als Fortsetzung des Krieges handhabt.

bc **Heidelberg**, 24. Febr. (Verurteilt.) Die Strafkammer verurteilte den ehemaligen Pfarrer Theodor Wangemann aus Neckargemünd wegen widernatürlicher Unzucht zu 6 Monaten Gefängnis. Bei den letzten Wahlen war der Verurteilte wiederholt für die Unanhängigen Sozialdemokraten aufgetreten.

(§) **Mannheim**, 13. Febr. (Wegen Schwindels mit Lebensmittelkarten stand der 16jährige Schlosserlehrling Martin Schick von hier vor der Strafkammer. Der Angeklagte hatte eine größere Anzahl Schifferausweiskarten gefälscht und mit ihnen Lebensmittel in großen Mengen erhoben, die er an andere Leute weiterverkaufte. Die Strafkammer verurteilte Schick zu 1½ Jahren Gefängnis und 250 Mark Geldstrafe und die Abnehmerin der Lebensmittel zu mehrmonatigen Gefängnis- und Geldstrafen.

bc **Mannheim**, 14. Febr. (Selbstverschuldetes Unglück.) Beim Abspringen von einem Straßenbahnwagen verunglückte der 58jährige Taglöhner Johann Reibold aus Feudenheim. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er jetzt erlegen ist.

X **Von der Bergstraße**, 12. Febr. (Obstbaumschädlinge.) In landwirtschaftlichen Kreisen ist man um eine gute Obsternte besorgt. Wenn auch die Bäume gut überwintern und Blütenknospen ansetzen, so werde der ganze Ertrag durch das Auftreten der Ungeziefers sehr in Frage gestellt. Besonders stark tritt der Apfelblütenstecher auf, ein halb weizenkorngroßer Käfer, der sich in der starken Kälte in die geschütztesten Schlupfwinkel zurückzieht, wo er ruhig weiterlebt. Ganz vereinzelt haben Lehrer von Landwirten solch belebte Zweige zur Betrachtung erhalten. Alle schönen Beschreibungen nützen nichts. An Ort und Stelle sollten die Lehrer praktische Naturgeschichte treiben und die Schüler sollten zur Vertilgung dieser Insekten pflichtgemäß beigezogen werden. Dies wäre im Interesse der Volksernährung zu fordern.

(!) **Tauberbischofsheim**, 13. Febr. (Lotterwirtschaft.) Wie der Tauberbote berichtet, befinden sich im hiesigen Gefangenenlager, in dem sich seit Wochen keine Gefangenen mehr befinden, noch Lebensmittel für 1500 bis 2000 Mann auf die Dauer von fünf Monaten. Unter den Lebensmitteln sind große Mengen Kartoffeln und Graupen. Von den Kartoffeln soll ein beträchtlicher Teil schon verfault sein. Das Blatt fordert, daß die Lebensmittel der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen.

bc. **Hardheim** bei Tauberbischofsheim, 16. Februar. (Die geraubten Kirchengeräte wiedergefunden.) Es ist gelungen, die aus den Pfarrkirchen Hardheim und Unterschüpf gestohlenen Kirchengeräte wieder aufzufinden. Sie wurden in Bamberg, im bayerischen Oberfranken, den Dieben abgenommen. Die Kelche sind beschädigt und einer davon ist zerbrochen. Die Monstranz war zertrümmert. In Hardheim wurden die Geräte in feierlichem Zuge an der Bahn abgeholt und wieder in die Kirche gebracht.

bc **Karlsruhe**, 13. Febr. (Familienunterstützung.) In der letzten Zeit sind zahlreiche Angehörige von Kriegsteilnehmern, die bisher ihre Kriegsunterstützung durch die Post aus Orten des linksrheinischen Gebiets und der neutralen Zone erhielten, wegen Weiterzahlung der Kriegsunterstützung bei denjenigen Lieferungsverbänden, in deren Bezirk sie jetzt ihren Aufenthalt haben, vorstellig geworden, weil die Geldsendungen ausgeblieben wären. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat daher auf Veranlassung des Reichsamts des Innern diese Lieferungsverbände angewiesen, die Familienunterstützungen den berechtigten Empfängern in der erforderlichen Höhe einstweilen zu zahlen.

bc. **Karlsruhe**, 14. Febr. (Der Religionsunterricht in der Volksschule.) Der Obmann des badischen Lehrervereins Rödel hatte mit dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates eine Aussprache, in der dieser die Forderungen der Lehrer bezüglich des Religionsunterrichts in den Volksschulen entgegennahm. Obmann Rödel erklärte, daß die Lehrer wünschen, daß der Religionsunterricht getrennt nach Bekenntnissen, in der öffentlichen Schule ein wesentlicher Bestandteil in der Unterweisung der Jugend sein müsse. Die örtliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes durch die Geistlichen sei aufzuheben. Der Präsident des Oberkirchenrates machte die Mitteilung, daß in der Kirchenverfassung die jetzt neu bearbeitet wird, eine Vertretung der Lehrer aufgrund des Verhältniswahlverfahrens in der Generalsynode vorgesehen werde.

bc. **Karlsruhe**, 14. Febr. (Verschlimmerte finanzielle Lage der bad. Staatsbahnen.) Wie der Staatsrat Schulz in der letzten Sitzung des Eisenbahnrates mitteilte, hat sich die finanzielle Lage der badischen Staatsbahnen im letzten Jahre sehr verschlechtert. Es ist mit einem Betriebsausfall von über 11 Millionen Mark zu rechnen. Da der Bedarf der Eisenbahntilgungskasse für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld rund 32 Millionen Mark beträgt, ergibt sich ein Fehlbetrag bei dieser Kasse von 43 Millionen Mark, gegen 1917 eine Verschlechterung von 54 Millionen Mark. Die Einnahmen werden voraussichtlich noch um 3 Millionen höher sein, als 1917, jedoch hatten die persönlichen Ausgaben eine Steigerung von 37 v. H., die sachlichen Ausgaben um 59 v. H. Bei den persönlichen Ausgaben fallen hauptsächlich die Erhöhung der Einkommenbezüge der Beamten und Arbeiter in einem Gesamtbetrage von 45 Millionen Mark, ferner die Erleichterungen der Arbeitsbedingungen (Einführung des 8stunden Tages usw.) Bei den sachlichen Ausgaben ist die gewaltige Steigerung der Kohlenpreise und der Preise für Eisen und Stahl (bis über 80 v. H.) zu berücksichtigen. Der Ausblick auf das Jahr 1919 ist noch schlimmer, man wird mit einem Betriebsausfall von 90 bis 100 Millionen Mark zu rechnen haben, wozu dann noch die Beträge für die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld treten. Bei Annahme der Anträge der Eisenbahnerverbände auf Einführung von Lohntarifen wird eine Steigerung des Aufwandes von 38 bis 53 Millionen zu erwarten sein. Die Steigerung der Personen- und Gütertarife wird eine Einnahmeverbesserung von 43,5 Millionen Mark bringen, dagegen fallen die Einnahmen aus dem Militärverkehr mit 33 Millionen im Jahre 1918 nahezu vollständig weg.

bc. **Karlsruhe**, 16. Febr. Der engere Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden ist auf Samstag, 22. Febr., zu einer Sitzung nach Karlsruhe einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen hauptsächlich Organisationsfragen.

bc. **Rastatt**, 16. Febr. (Diebstahl von Heeresgut.) Die Polizei hat hier eine größere Anzahl von Personen wegen Diebstahls und Ankaufs von Heeresgut verhaftet. Sie hatten u. a. Dynamomotore, 4000 Mark bares Geld, 8 Militärpferde und anderes entwendet. Die gestohlenen Gegenstände konnten zum großen Teil wieder beigebracht werden. Der Viehhändler und Unterkäufer des Kommunalverbandes Rastatt-Land, Heinrich Dreyfuß aus Kuppenheim, wurde wegen Geheimschlächterei verhaftet.

Baden-Baden, 19. Febr. (Pocken.) Auch hier ist jetzt ein Pockenfall aufgetreten. Die Gesundheitsbehörde hat zur Verhütung der Weiterverbreitung weitgehende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. (Im Hanauerland haben sich die Pocken weiter verbreitet. Es sollen dort schon zehn Fälle vorgekommen sein.)

bc. **Lahr**, 16. Februar. (Beschlagnahmter Tabak.) Vor einigen Tagen wurden hier auf dem Bahnhofe zwölf Zentner unfermentierter Tabak beschlagnahmt, der unter der Hand nach auswärts verkauft werden sollte. Auch in Offenburg wurde eine größere Menge Tabak, angeblich 60 Zentner, behördlich konfisziert.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 64. **Den Verkehr mit Pferden betr.**

Das Ministerium für Ernährungswesen hat in Ergänzung der Verordnungen vom 4. Juli 1918 und vom 2. Januar 1919 verordnet, was folgt:

Verordnung.

§ 1.

Der Versand und die sonstige **Verbringung von Nutz- und Zuchtpferden nach außerbadischen Orten bedarf der Genehmigung der Fleischversorgungsstelle**. Für die genehmigten Sendungen werden Versandscheine ausgestellt.

§ 2.

Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn nachgewiesen ist, daß es sich um Nutz- oder Zuchtpferde und nicht um Schlachtpferde handelt. Zu dem Zweck hat der Antragsteller der Fleischversorgungsstelle ein tierärztliches Zeugnis über die Beschaffenheit des Pferdes sowie eine Bescheinigung der für den Bestimmungsort zuständigen Polizeibehörde darüber vorzulegen, daß der Empfänger das Nutz- oder Zuchtpferd für seinen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb oder zur Zucht benötigt.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Sinsheim, den 10. Februar 1919.

Bad. Bezirksamt.

Monatliche Durchschnittspreise von Hafer, Roggenstroh und Heu.

Nr. 66

Aufgrund des § 11 Satz 2 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 (R. G. Bl. S. 129 u. f.) in Verbindung mit der Vollzugsverordnung vom 1. April 1876 (R. G. Bl. S. 137 u. f.) in der für das Großherzogtum derzeit geltenden Fassung, gelten für Rauhfutter (Fourage), das durch Ankauf beschafft werden mußte, die folgenden Vergütungssätze:

	Für den Monat Januar 1919											
	Roggenstroh					Sonstiges Stroh				Heu alte Ernte		
										Wiesenheu		
Maßgebender Hauptmarktort.	Hafer	Flegeldrusch	gepreßtes	loses	Maschinendrusch	Flegeldrusch	gepreßtes	loses	Maschinendrusch	gepreßtes	loses	Kleeheu
	100 Kilogramm in Mark											
Mannheim	30.—	9.—	10.20		8.—					21.20	20.—	22.—

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, **daß diese Preise nur für die Futterankäufe der Gemeinden gelten.**

Sinsheim, den 7. Februar 1919.

Bad. Bezirksamt.

Nr. 63. **Gültigkeit der wirtschaftlichen Verordnungen betr.**

Wir nehmen Veranlassung, auf die im R.G.Bl. 1919 S. 16 veröffentlichte Bekanntmachung der Reichsregierung vom 28. Dezember 1918 besonders hinzuweisen. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

„Eingriffe einzelner Personen, sowie örtlicher Instanzen in die durch kriegswirtschaftliche Verordnungen geregelten Gebiete zeugen von der vielfach herrschenden Auffassung, daß diese Verordnungen durch die Aenderung der Regierungsform außer Kraft getreten seien.

Demgegenüber wird ausdrücklich festgestellt, daß alle von dem Bundesrat, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen, soweit nicht ihre Aufhebung seitens der zuständigen Stellen besonders verfügt ist, ihre Wirksamkeit in vollem Umfang behalten haben und daß auch in Zukunft die Regelung der Bewirtschaftung der in Frage kommenden Stoffe ausschließlich den in den Verordnungen genannten oder den inzwischen an ihre Stelle getretenen Behörden vorbehalten ist. Jedes Eingreifen Dritter in die durch kriegswirtschaftliche Anordnungen geregelten Gebiete ist unzulässig und strafbar. Dies gilt auch für Handlungen von Landes- und lokalen Instanzen, denen die Befugnis zu wirtschaftlichen Maßnahmen nicht ausdrücklich übertragen ist.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Die Reichsregierung:
Ebert. Scheidemann.
Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts:
Dr. August Müller.
Der Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung:
Koeth".

Es wird hiermit von hier aus das Gleiche festgestellt und erklärt auch hinsichtlich der von den geordneten badischen Behörden erlassenen und künftig zu erlassenden kriegswirtschaftlichen Verordnungen und Anordnungen.

Im ganzen ist beachtlich, daß widerrechtliches Eingreifen von seiten unbefugter Dritter, Einzelpersonen oder unzuständigen Stellen diese sehr leicht, unter Umständen in erheblichem Umfang, auch privatrechtlich verantwortlich und schadenersatzpflichtig macht.

Karlsruhe, den 23. Januar 1919.

Badisches Ministerium für Ernährungswesen:
Trunk. Dr. Schühly.

100 Mark Belohnung

demjenigen, der mir einen der Täter namhaft macht, die den Einbruch vom 14. auf 15. ds. Mts. in meinem Hause verübten.

Ludwig Molt.

Liederkranz Sinsheim.

Die aktiven und ehemaligen aktiven Mitglieder und sonstige Gesangsfreunde, die dem Verein als aktive Mitglieder beizutreten wünschen, werden zwecks Besprechung der Wiederaufnahme der Gesangsproben auf **Dienstag, 18. Februar, abends 1/29 Uhr** ins Vereinslokal **„zum Löwen"** (kleiner Saal) höfl. eingeladen.

Der Vorstand.

Blaukleesamen
Rotkleesamen und Esparsette
wieder eingetroffen.

Jacob Ledermann, Sinsheim.

Wimpfen. Brennholzverkauf.

Montag, den 24. Februar, und **Dienstag, den 25. Februar,** je vormittags **9 Uhr** anfangend, kommen im **Forstwald**, Distrikt Wiedertäuferkirche, mit Borgfrist bis 1. Oktober l. J. zur Versteigerung:
185 Rmtr. meist eichene Scheiter (wor. 8 Rm. Nutzscheiter),
108 Rmtr. meist eichene Knüppel,
50 hdrt. Wellen meist eiche Reisig,
143 Rmtr. buche und eiche Stöcke.
Zusammenkunft an **beiden Tagen** im **Forsthaus.**

Wimpfen, den 14. Februar 1919.

Hess. Bürgermeisterei Wimpfen.
J. V.: Kiesser.

Dankſagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns betroffenen schweren Verluste, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe, den erhebenden Gesang des Kirchenchors, die vielen Kranzspenden, sowie die zahlreiche Leichenbegleitung, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Philippine Müller Ww. geb. Klein
nebst Kindern.

Weiler, den 15. Februar 1919.

Lehrlingsvermittlung.

Wir haben eine Abteilung für Lehrlingsvermittlung und Berufsberatung eingerichtet und auf kommende Ostern bereits eine größere Anzahl

Lehrlinge und Lehrmädchen aller Berufsarten

vorgemerkt.

Die Fabrikanten, Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden hiesiger Stadt sowie des Bezirks werden ersucht, ihren Bedarf an Lehrkräften möglichst bald durch unsere Vermittlung zu decken. Bei der Anmeldung legen wir Wert auf nähere Angaben, insbesondere ob die Lehrstelle mit oder ohne Kost und Wohnung zu beziehen ist u. s. w.

Für die Berufsberatung haben wir mit Wirkung vom 15. Febr. ab die Wochentage **Dienstag, Mittwoch und Freitag jeweils nachmittags von 2—4 Uhr** festgesetzt.

Städt. Arbeitsamt Heidelberg
Karlstraße 4
Männl. Abtlg. Fernruf 2764. Weibl. Abtlg Fernruf 2765.

Zahlstelle Sinsheim a. d. E.
der
Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G.
Filiale Heidelberg.
Hauptstraße 309 **Sinsheim a. d. E.** Telefon Nr. 77
Hauptsitz in Mannheim.
Aktien-Kapital Mk. 50000000
Annahme von Spareinlagen auf kurze oder längere Zeit zu günstigen Bedingungen.
Scheckverkehr zur Einschränkung des Bargeldumlaufs.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Sorgfältige und verschwiegene Erledigung sämtlicher bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Habe meine Praxis eröffnet

und empfehle mich in allen Arbeiten der Zahnheilkunde und Zahntechnik, speziell in plattenlosem Zahnersatz, Stiftzähne, Kronen und Brücken. Regulierungen schiefwachsender Zähne bei Kindern.

Umarbeiten schlechtsitzender Gebisse.

Schonende Behandlung.

Sprechzeit: Werktags: 9—12 und 1—5
Sonntags: 9—12

Otto Wickenhäuser, Dentist, Sinsheim
Hauptstraße.

Feuer.

Alte Gesellschaft mit bestehendem Geschäft **sucht** für **Sinsheim und Umgebung rührige Vertreter** mit guten Beziehungen. **Hohe Abschlußvergütungen.**

Gefl. Offerten unter **M 337** an Annoncenexpedition Daube & Co. m. b. H. Karlsruhe i. B.

Blaukleesamen, Rotkleesamen und Esparsette

ist wieder eingetroffen bei

Gebrüder Oppenheimer, Sinsheim.

Geschäftseröffnung.

Vom Felde zurück zeige ich der verehrten Einwohnerschaft von **Hilsbach** und Umgebung an, daß ich die

Wirtschaft „z. Rössel" mit Metzgerei

übernommen habe. Ich bitte um geneigten Zuspruch.

Hermann Lang, Metzgermeister, **Hilsbach.**

Gesucht per sofort ein
Mädchen
welches schon gedient hat und Hausarbeit verrichten kann in eine kleine Familie nach **Mingolsheim**, gegen hohen Lohn. Zu erfragen unter Nr. 308 beim Landboten.

Verkaufe wie jedes Jahr
Feldsamen
Rotklee
Esparsette
Friedrichswerther Zuckerwalzen.
Besonders kann ich meinen Rotklee empfehlen, da ich denselben nur direkt von Landwirten unserer Gegend bezogen und daher für Echtheit und dem Klima entsprechend garantieren kann.

W. Leonhardt,
Landesprodukten, **Steinsfurt.**

Jagdwaffen
jed. Art werden sauber und billigst repariert bei
Waffenmeister **Löwe**
Sinsheim, Rosengasse 325
Eingang Marktplatz.

Junger Hahn
zu kaufen gesucht.
Sinsheim, Burggasse 510.

Zuverlässiges
Alleinmädchen
im Kochen bewandert und sehr kinderlieb., für April gesucht. Hoher Lohn und fam. Behandlung. Angebote: **Heidelberg**, Handschuhsheimer Landstraße 17, part.

Mädchen.
Tüchtiges Alleinmädchen, das kochen kann, bei hohem Lohn gesucht.
Lemp, Schillerstr 5, **Heidelberg.**

Sauberes, kinderliebes
Mädchen
gesucht, welches schon mal in Stellung war. **Frau Jos. Ließ, Mannheim**, Augusta-Anlage 15.

Mainfluß- und Grubensand
liefert stets am schnellsten
Paul Weber
Mittenberg a. M.

Frachtbriefe empfiehlt die G. Becker'sche Buchdruckerei.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei in Sinsheim.